

Sitzungsniederschrift

34. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 02.06.2026	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:27 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bents, Kay	SPD	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Frau Saskia Buschmann
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kranz, Werner	FW Landkreis Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Wimberg, Theo	SPD	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Weiss, Edgar	MOIN, Herr WEISS	
Verwaltung		
Coskun, Erdogan		Geschäftsführer MKW
Dörnath, Hans-Hermann		Geschäftsführer MKW

Flessner, Mareike	Beteiligungsmanagement und Protokollführerin
Hanekamp, Nicole	Leiterin Zentrale Finanzverwaltung
Meinen, Olaf	Landrat
Smolinski, Sebastian	Kreisrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Buschmann, Saskia	CDU/FDP
-------------------	---------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.05.2026 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Erster Bericht der Beteiligungen für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: X-MV/2026/016 |
| 7. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.03.2026; Reduzierung der illegalen Sperrmüllentsorgung
Vorlage: X-AF/2026/009 |
| 8. | Änderung der Abfallwirtschaftssatzung
Vorlage: X/2026/070 |
| 9. | Gewährung von Konzerninvestitionskrediten an die MKW GmbH & Co. KG
Vorlage: X/2026/064 |
| 10. | Gewährung eines Konzerninvestitionskredits an die Kreisbahn Aurich GmbH
Vorlage: X/2026/068 |
| 11. | Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG, Finanzstatusprüfung unter Einbeziehung des Beteiligungsmanagements in zehn Landkreisen
Vorlage: X/2026/063 |
| 12. | Beitritt zum Bundesverband öffentlicher Zinssteuerung
Vorlage: X/2026/061 |
| 13. | Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Haushaltskonsolidierung" |
| 14. | Mitteilungen der Verwaltung |
| 15. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen |
| 16. | Einwohnerfragestunde |
| 17. | Schließung der öffentlichen Sitzung |

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15:00 Uhr die 34. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnungspunkt 8 „Änderung der Abfallwirtschaftssatzung“ wurde wegen einer noch zu erfolgenden Prüfung der Satzungsänderung durch einen Satzungsrechtler abgesetzt und auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen verschoben. Im Übrigen wurde die Tagesordnung in der vorliegenden Form festgestellt. Der Abgeordnete Harms nahm für die Abgeordnete Buschmann an der Sitzung teil.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.05.2026**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.05.2026 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 6 **Erster Bericht der Beteiligungen für das Haushaltsjahr 2026**
Vorlage: X-MV/2026/016

Herr Kleen stellte den Bericht der Beteiligungen anhand der zur Verfügung gestellten Präsentation (Anlage 1) ausführlich vor.

Abschließend konnte **Herr Kleen** von einer positiven Budgetentwicklung bei dem Produkt 535-01 „Kombinierte Versorgung“ berichten. Die Gewinnausschüttung 2025 des EWE-Verbands fiel um rd. 200.000,00 Euro höher aus, als ursprünglich eingeplant.



Rückfragen ergaben sich nicht.

Der erste Bericht der Beteiligungen wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.03.2026; Reduzierung der illegalen Sperrmüllentsorgung
Vorlage: X-AF/2026/009

Abgeordnete Altmann erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie führte aus, dass die quartiersbezogene Abholung von Sperrmüll gegen Mehrkosten in Höhe von 2,00 € pro Monat diskutiert werde. Zugleich stellte sie die Frage, welche weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation bestünden.

Herr Dörnath leitete in die Thematik ein und unterschied zwischen wilder Müllablagerung und Sperrmüll. Er erläuterte, dass für Abfälle an Straßen regelmäßig der Straßenbaulastträger zuständig sei. Ferner verwies er auf eine Menge von 18 Tonnen Abfall aus dem öffentlichen Raum. Wenn Aufgaben anderer Stellen auf die MKW verlagert würden, gehe dies zulasten der Gebührenzahler.

Herr Coskun stellte anhand der in Anlage 1 beigefügten Präsentation die Auswirkungen einer kostenlosen Sperrmüllsammmlung und -abholung im Landkreis Aurich dar.

Abgeordneter Weiss erinnerte daran, dass Sperrmüll früher Straßenweise abgeholt wurde. Daraus entwickelte sich eine Art „Flohmarktlogik“ bei der der vermeintliche Sperrmüll getauscht und weiterverwendet worden sei. Aus seiner Sicht könnten Nachhaltigkeit und Weiterverkauf dazu beitragen, das Sperrmüllaufkommen zu reduzieren.

Abgeordneter Bargmann bewertete den Ansatz des Antrags als löblich, führte jedoch aus, dass das eigentliche Problem hierdurch nicht behoben werde. Die Ablagerungen bestünden seiner Einschätzung nach überwiegend nicht aus Sperrmüll. Zudem würde jeder Haushalt finanziell belastet, dies weiche vom Verursacherprinzip ab. Ein unmittelbarer Nutzen oder Mehrwert sei nicht erkennbar. Stattdessen brachte er den Gedanken ein, die Zahl der Mindestentleerungen bzw. Abholmöglichkeiten der Restmülltonnen pro Haushalt anzuheben, etwa von zwei auf vier, um einen größeren praktischen Nutzen zu erzielen.

Abgeordneter Jelken berichtete, dass er beim Ordnungsamt und beim Baubetriebshof entsprechende Erkundigungen eingeholt habe. Danach handele es sich bei den Ablagerungen häufig auch um normalen Hausmüll und sonstige Abfälle, nicht nur um Sperrmüll. Selbst bei einer Sperrmüllabholung würde ein erheblicher Rest weiterhin liegen bleiben. Die Müllgebühren sollten deshalb nicht alle Bürgerinnen und Bürger belasten, die ihren Abfall ordnungsgemäß und verursachungsgerecht entsorgen. Der Antrag sei im Ansatz zwar nachvollziehbar, werde das Problem in der Sache jedoch nicht lösen.

Abgeordneter Jacobsen erklärte, er wäre froh, wenn der Antrag das Problem tatsächlich lösen würde. Er sehe dies jedoch nicht. Nach seiner Einschätzung werde vor allem auch Sondermüll unerlaubt entsorgt. Eine Gebührenerhöhung für alle Haushalte stehe nicht im Verhältnis zum zu erwartenden Nutzen.

Vorsitzender Gossel griff den von Abgeordnetem Bargmann unterbreiteten Vorschlag auf. Herrn Dörnath erläuterte, dass Sperrmüll nicht über die Restmülltonne entsorgt werden könne. Abgeordneter Bargmann stellte klar, dass sich sein Hinweis auf den Restmüll bezogen hatte.

Abgeordnete Altmann betonte, das Verursacherprinzip sei zwar grundsätzlich richtig; bei einer einmal jährlichen Abholung für alle Haushalte bestehe jedoch auch ein allgemeiner Nutzen. Gegenstand ihres Antrags sei ausschließlich die Sperrmüllproblematik, nicht sonstiger Abfall.

Abgeordneter Jacobsen erkundigte sich nach der Umfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Altmann erläuterte hierzu, auf der Internetseite sei eine Umfrage zur Frage einer jährlichen Abholung durchgeführt worden. Die Ergebnisse hätten sich lediglich im dreistelligen Bereich bewegt und seien daher nicht repräsentativ.

Abgeordneter Stange fügte hinzu, nach seiner Auffassung werde das mit dem Antrag verfolgte Ziel nicht erreicht; der Antrag gehe an der Praxis vorbei.

Herr Dörnath führte ergänzend aus, dass insgesamt 899 Tonnen Sperrmüll anfielen, von denen 18 Tonnen aus der freien Umgebung stammten. Dies entspreche etwa 50 Kubikmetern Müll und sei im Verhältnis eher gering. Im Landkreis bestehe bereits ein sehr gut funktionierendes Entsorgungssystem. Würden alle Haushalte gleichermaßen belastet, sei die Gebührengerechtigkeit nicht mehr gegeben. Der Antrag stelle daher eine Abkehr vom bisherigen System dar.

Abgeordneter Jelken ergänzte, dass auch der in der Landschaft abgelegte Sperrmüll letztlich entsorgt werde und nicht dort liegen bleibe, wenn auch teilweise zeitversetzt.

Sodann ließ **Vorsitzender Gossel** über den Antrag abstimmen:

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur illegalen Sperrmüllentsorgung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 0

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 8 **Änderung der Abfallwirtschaftssatzung**
Vorlage: X/2026/070

Der Tagesordnungspunkt 8 „Änderung der Abfallwirtschaftssatzung“ wurde wegen einer noch zu erfolgenden Prüfung der Satzungsänderung durch einen Satzungsrechtler abgesetzt und auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen verschoben.

TOP 9 **Gewährung von Konzerninvestitionskrediten an die MKW GmbH & Co. KG**
Vorlage: X/2026/064



Herr Kleen stellte die Hintergründe analog zur Beschlussvorlage dar. Rückfragen ergaben sich nicht.

Der Landkreis Aurich stellt der Materialkreislauf- und Kompostwirtschaft GmbH & Co. KG (MKW) insgesamt vier Investitionskredite im Rahmen der Konzernfinanzierung nach § 121a Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Höhe von insgesamt 12,1 Mio. Euro zur Verfügung. Die Darlehen werden ausschließlich für Investitionen im Zusammenhang mit der hoheitlichen Abfallentsorgung gewährt. Die MKW verpflichtet sich gegenüber dem Landkreis Aurich, die Tilgung und Zinsen der durch den Landkreis Aurich aufgenommenen kommunalen Investitionsdarlehen wirtschaftlich zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 10 Gewährung eines Konzerninvestitionskredits an die Kreisbahn Aurich GmbH
Vorlage: X/2026/068

Frau Flessner stellte die Hintergründe analog zur Beschlussvorlage dar. Rückfragen ergaben sich nicht.

Der Landkreis Aurich stellt der Kreisbahn Aurich GmbH einen Investitionskredit im Rahmen der Konzernfinanzierung nach § 121a Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Höhe von insgesamt 11.090.000,00 Euro zur Verfügung. Die Kreisbahn verpflichtet sich gegenüber dem Landkreis Aurich, die Tilgung und Zinsen der durch den Landkreis Aurich aufgenommenen kommunalen Investitionsdarlehen wirtschaftlich zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 11 Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG, Finanzstatusprüfung unter Einbeziehung des Beteiligungsmanagements in zehn Landkreisen
Vorlage: X/2026/063

Frau Hanekamp erläuterte die wesentlichen Ergebnisse der Finanzstatusprüfung. Insgesamt habe ich sich Finanzlage bei allen Landkreisen dramatisch verschlechtert.

Die Prüfung habe ergeben, dass die investiven Haushaltsreste reduziert werden müssen. Hier erfolge bereits eine Intensivierung des Austauschs mit den betroffenen Organisationseinheiten. Im Haushaltsaufstellungsverfahren erfolgte seit dem Haushaltsjahr 2024 ein fristgerechter Beschluss.

Ferner habe die Prüfung eine Optimierung der Kassenaufsicht ergeben. Dies wurde bereits im vergangenen Jahr umgesetzt, indem regelmäßige Tätigkeitsberichte erstellt werden und dem Landrat sowie dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt werden.

Zudem sei die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und die Kreiskasse zu aktualisieren. Die neue Dienstanweisung werde in den nächsten Monaten Inkrafttreten.

Das Beteiligungsmanagement genüge laut Prüfungsbericht den Anforderungen einer bedarfsgerechten Beteiligungssteuerung.

Der Bericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Finanzstatusprüfung (Haushaltsjahre 2020 bis 2023 und Haushaltsplanungsjahre 2025 bis 2028) vom 22.04.2026 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 **Beitritt zum Bundesverband öffentlicher Zinssteuerung**
Vorlage: X/2026/061

Frau Hanekamp stellte die Hintergründe analog zur Beschlussvorlage dar.

Der Landkreis Aurich tritt dem gemeinnützigen Bundesverband öffentlicher Zinssteuerung zum nächstmöglichen Termin bei.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 **Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Haushaltskonsolidierung"**

Frau Hanekamp berichtete über die aktuellen Themen aus der „Interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung“, die am heutigen Tage vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen getagt habe. Die Aktualisierung der freiwilligen Aufgaben erfolge fortlaufend. Es erfolge ein Ausbau der digitalen Haushaltsplanung mit einem Investitionscontrolling. Im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses konnten Einsparungen bei Lizenzen im Inneren Dienst sowie im Amt für Personalwesen von 29.000,00 Euro über fünf Jahre generiert werden. Im Amt für IT und Digitales können jährlich 120.000,00 € durch einen Wechsel der Virtualisierungs-umgebung und der Optimierung der Lizenzbeschaffung eingespart werden.

An dem Haushaltssicherungskonzept 2027/2028 werde derzeit gearbeitet.

Landrat Meinen informierte über den Aktionstag der kommunalen Spitzenverbände am 27.05.2026 vor dem Nds. Landtag in Hannover. Drei Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises seien ebenfalls vor Ort gewesen, um auf die prekäre finanzielle Situation der Kommunen aufmerksam zu machen und hätten sich für eine spürbare Stärkung der kommunalen Finanzen eingesetzt.

TOP 14 **Mitteilungen der Verwaltung**



a) *Finanzausgleich*

Landrat Meinen teilte mit, dass gegen den Bescheid zu den Finanzausgleichszahlungen des Landesamtes für Statistik in Niedersachsen Widerspruch eingelegt werde. Zum Thema Offshore-Gewerbesteuer gäbe es derzeit keinen neuen Sachstand.

b) *Sachstand Jahresabschlüsse*

Frau Hanekamp berichtete, dass der Jahresabschluss 2022 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegt worden sei. Die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2023 erfolge im Sommer dieses Jahres.

TOP 15 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 16 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 17 Schließung der öffentlichen Sitzung

Der **Vorsitzende Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an alle Anwesenden um 16:12 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Flessner
Protokollführerin